

Gemeinderat - Ö - vom 29.11.2011
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 4-130/11 Fürstenberg-Gymnasium / Generalsanierung - 3. Zwischenbericht und Vorstellung Vorentwurf

Oberbürgermeister Frei: Man befinde sich zum jetzigen Zeitpunkt in einem frühen Planungsstadium. Die Sanierung solle in drei Bauabschnitten aufgeteilt über drei Jahre ausgeführt werden. Der städtische Anteil für die Sanierung solle bei 5 Mio. € liegen. Die erste Kostenschätzung mit Kosten in Höhe von 9,5 Mio. € überschreite eindeutig die Mittel, die in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellt worden seien. Jedoch sollen keine Abstriche bei der Sanierung vorgenommen werden. Das Konzept sei schlüssig und notwendig. Für das Jahr 2012 sollen 1,7 Mio. € für die Sanierung von 24 Klassenzimmern und der Schüler-WC-Anlage, sowie für den Einbau eines Aufzuges ausgegeben werden.

Frau Sinnwell (Hotz + Architekten) erläutert anhand einer Power Point Präsentation den Vorentwurf (Planung und Kostenschätzung) zur Sanierung und Erweiterung des Fürstenberg-Gymnasiums.

Stadtrat Hall: Die umfassende Sanierung mit dem pädagogischen Konzept solle umgesetzt werden. Über die Höhe der Kosten sei die CDU-Fraktion aber etwas erschrocken. Es wäre daher sinnvoll gewesen, in dem Vortrag von Frau Sinnwell etwas über die Kosten der einzelnen Bereiche zu erfahren, wie hoch zum Beispiel die Kosten für den Bereich Brandschutz seien. Außerdem sei nicht zu erkennen, ob es auch Alternativen, insbesondere zur jetzigen Planung des Aulabereiches gab. Es sei auch nicht erkennbar, was die Grundlagen (Farbe, Akustik, usw.) für das Musterklassenzimmer seien. Die Verwaltung solle für dieses Projekt ein Projekthandbuch erstellen und den Gemeinderat intensiv mit einbinden. Die CDU-Fraktion spreche sich für die Sanierung aus, jedoch sei das Projekt mit den vorhandenen Informationen noch nicht entscheidungsreif.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Auch die FDP/FW-Fraktion stehe hinter der Sanierung. Es sei jedoch schwierig, dem Gesamtprojekt ohne genauere Planung jetzt zuzustimmen. Außerdem sei die Sanierung mit Kosten in Höhe von 9,5 Mio. € noch nicht in diesem Umfang in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten.

Stadtrat Karrer: Es wäre wichtig gewesen, den Gemeinderat über diese Kostensteigerung zu informieren, um darauf dann während der Haushaltsplanberatungen reagieren zu können und um die Kosten auch in die mittelfristige Finanzplanung mit einzustellen. Im Jahr 2012 solle mit der Sanierung der Klassenzimmer, der Toiletten und dem Einbau des Aufzuges für 1,7 Mio. € begonnen werden. Über die übrigen Maßnahmen solle der Gemeinderat 2012 nochmals beraten, wenn sicher sei ob und in welcher Höhe Zuschüsse gewährt würden.

Stadträtin Weishaar: Die GUB-Fraktion stehe trotz der enormen Kostensteigerung noch hinter dem Projekt. Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen müsse sich aber nach den Zuschüssen richten und gegebenenfalls müsse die komplette Maßnahme nicht in drei sondern in mehreren Bauabschnitten durchgeführt werden.

Stadtrat Blaurock: Der Gemeinderat und auch die Verwaltung stünden hinter dem Gesamtprojekt und wollten auch das Gesamtprojekt bei Kosten in Höhe von 9,5 Mio. €. Aus diesem Grund solle die Verwaltung mit diesen Kosten und den gesamten Maßnahmen in die Verhandlungen um die Zuschüsse gehen. Der Gemeinderat solle sich dann 2012, wenn Klarheit über die Zuschüsse bestehe, erneut mit der weiteren Planung befassen. Dem Verwaltungsvorschlag, die Sanierung in drei Bauabschnitte aufzuteilen, könne grundsätzlich zugestimmt werden.

Oberbürgermeister Frei: Auch bei den anderen städtischen Schulen seien für das Jahr 2012

Investitionen vorgesehen. In den kommenden Jahren werde erheblich in die Schulen investiert. Die städtischen Schulen müssten so ausgestattet werden, dass den Schülern höchste Qualität im baulichen und im pädagogischen Bereich zur Verfügung stehe. Es sei sehr positiv, dass der Gemeinderat so sensibel auf die Kosten reagiere. Dies zeige, dass der Gemeinderat sehr verantwortlich mit öffentlichen Geldern umgehe und keine Schulden machen wolle. Trotz allem sollte die Kostenentwicklung nicht so negativ gesehen werden. Die Sanierung werde nur mit den Zuschüssen zu realisieren sein und wenn diese nicht genehmigt werden würden, würde sich der Gemeinderat über Alternativen unterhalten müssen. Der Gemeinderat werde selbstverständlich ganz intensiv in das Projekt, gestalterisch wie auch finanziell, miteinbezogen.

Herr Bunse: Die Verwaltung habe gemeinsam mit Hotz + Architekten über mögliche Alternativen in der Planung diskutiert und sei dann zu dem vorgelegten Ergebnis gekommen. Im Januar 2012 werde der Gemeinderat zu einem Ortstermin in das Fürstenberg-Gymnasium eingeladen. Bis dahin sei das Musterklassenzimmer fertig und könne besichtigt werden. Des Weiteren werde eine Simulation der Belichtungssituation vorbereitet. Die Sanierung der geplanten Klassenzimmer könne im laufenden Betrieb erfolgen. Es seien auch keine „Containerlösungen“ hierfür notwendig. Die Maßnahmen, die im Jahr 2012 für 1,7 Mio. € durchgeführt werden sollen, seien nicht zuschussfähig.

Oberbürgermeister Frei: Der Gemeinderat solle heute über das gesamte Projekt entscheiden. Es werde ohnehin Schritt für Schritt geplant, entschieden und dann erst umgesetzt.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**3) TOP 1-092/11 Abwassersatzung - Redaktionelle Änderung von § 42 Abs. 3
AbwS**

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

4) TOP 1-093/11 Parkschwimmbad - Wiederbesetzung Stelle Schwimmmeister

Oberbürgermeister Frei: Die Stelle des Schwimmmeisters solle zum 01.03.2012 wiederbesetzt werden.

Beschluss:

1. Der Wiederbesetzung der Stelle des Schwimmmeisters zum 01.03.2012 im Parkschwimmbad wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stelle auszuschreiben und alles Notwendige für die rechtzeitige Wiederbesetzung der Stelle zu veranlassen.

(einstimmig)

5) TOP 3-011/11 Polizeiverordnung - Rauch- und Alkoholverbot auf Spielplätzen

Stadtrat Roland Erndle: Er halte dieses Verbot für übertrieben. In der bisherigen Satzung würde es bereits untersagt, Gegenstände wegzuwerfen oder abzulagern, außer in dafür bestimmte Abfallbehälter. Bezüglich des Rauchens und des Alkoholkonsums sollten Gebote in Form von Schildern auf den Spielplätzen angebracht werden.

Oberbürgermeister Frei: Die Stadt habe das Recht, für diese öffentlichen Bereiche solche Verbote zu erlassen. Die Erfahrung habe gezeigt, dass Gebote nicht helfen und daher müssten jetzt Verbote definiert werden.

Herr Butsch: Verstöße gegen die Polizeiverordnung könnten mit einem Bußgeld geahndet werden.

Stadtrat Bäurer: Er unterstütze die Polizeiverordnung ausdrücklich. Mit dieser Polizeiverordnung habe man nun eine Handhabe gegen unerwünschte Umtriebe durch Jugendliche auf den Spielplätzen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(24 Ja, 1 Nein, 5 Enthaltungen)

6) TOP 5-007/11 Bebauungsplan "Ehemalige Lehrerakademie, 1. Änderung" - städtebaulicher Vertrag

Herr Bea führt anhand der Sitzungsvorlage und der Anlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Wild) Die Räum- und Streupflicht werde von den Technischen Diensten, wie auch für die anderen Straßen der Stadt, wahrgenommen.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

7) TOP 5-008/11 Friedhofssatzung (Friedhofsordnung) Änderung

Herr Bea erläutert anhand der Sitzungsvorlage die Änderungen der Friedhofsordnung.

Stadtrat Rolle: Die zusätzliche neue Grabart, Rasengrabfeld, sei sehr gut. Wenn dies auf dem Kernstadtfriedhof gut angenommen werde, könnte diese Grabart auch in den Ortsteilfriedhöfen angeboten werden. Die Ruhezeit bei Bestattungen von Kindern unter 6 Jahren solle bei 30 Jahren belassen werden.

Stadträtin Wesle: Es wäre sinnvoll, nach wie vor eine nachträgliche Anbringung von Grababdeckplatten zu dulden. Die nachträgliche Anbringung einer Grababdeckplatte sei besser als ein ungepflegtes Grab.

Herr Bea: Die Grababdeckplatten seien nur in den neuen Teilen des Kernstadtfriedhofes und des Friedhofes in Allmendshofen untersagt. Dies habe gestalterische Gründe.

Die Reduzierung der Ruhezeit bei Bestattungen von Kindern unter 6 Jahren auf 20 Jahre betreffe nur das Reihengrab. Für Bestattungen von Kindern unter 6 Jahren könne auch ein Wahlgrab gewählt werden. Die Ruhezeit betrage bei einem Wahlgrab 30 Jahre und könne auch noch verlängert werden.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

8) TOP 5-009/11 Grabplatz und Bestattungsgebühren - Gebührenkalkulation und Satzungsänderung

Herr Hayder (Firma Hayder + Partner) erläutert anhand der Anlage die Gebührenkalkulation.

Stadtrat Karrer: Die geplante Gebührenerhöhung für ein Reihengrab für Erwachsene und Kinder über 6 Jahren von 760,- € auf 975,- € halte er für zu hoch. Er schlage eine Gebühr von 875,- € vor.

Stadtrat Rolle: Der Anteil der Reihengräber auf den Donaueschinger Friedhöfen sei sehr gering und daher solle der geplanten Gebührenerhöhung zugestimmt werden.

Herr Hayder: (Auf Frage von Stadtrat Karrer) Das Urnenbaumgrab könne dreimal belegt werden und die Ruhezeit könne verlängert werden. All das fließe bei der Ermittlung der Gebühr mit ein und somit sei diese Grabform teurer als das Urnenerdgrab.

Oberbürgermeister Frei: Auch er möchte dafür plädieren, dass den vorliegenden Gebühren so zugestimmt werde. Der Gemeinderat habe beschlossen eine Kostendeckung bei nahe 100 % bei den Grabplatz- und Bestattungsgebühren zu erhalten. Die Verwaltung sei diesem Beschluss mit ihren Vorschlägen bis auf die Gebühr bei Gräbern für Kinder unter 6 Jahren auch gefolgt.

Stadtrat Karrer: Er ziehe seinen Antrag, die Gebühr für ein Reihengrab für Erwachsene und Kinder über 6 Jahren von 975,- € auf 875,- € zu reduzieren, zurück.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

**9) TOP 4-134/11 Abwasserbeseitigung Fohrenhöfe / Donaueschingen -
Auftragserweiterung**

Stadtrat Marcus Greiner ist befangen. Er rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Beschluss:

Die Firma Spreng, Villingen-Schwenningen, wird mit der Auftragserweiterung in Höhe von 35.700 € beauftragt.

(einstimmig)

10) TOP 4-135/11 Beethovenstraße, 4. BA / Donaueschingen - überplanmäßige Ausgabe

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

11) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.